

Antrag
auf Gewährung einer
Zuwendung
auf Basis der Fördergrundsätze
„Heimat-Zeugnis“

Bezirksregierung
Dezernat 35

1. Antragsteller		
Name/Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis	
Internet-, E-Mail-Adresse	Internet-Adresse, Homepage	Email-Adresse
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl) Fax	
Name des Handlungsbevollmächtigten:		
Bankverbindung:	IBAN	BIC
	Bezeichnung des Kreditinstituts	

2. Maßnahme / Projektbezeichnung	
Bezeichnung:	
Durchführungszeitraum:	von/bis

3. Gesamtkosten	
Laut beiliegender Kalkulation	_____ €
Beantragte Zuwendung	_____ €

4. Finanzierungsplan				
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			
	20__	20__	20__	Gesamt
	in €			
4.1 Gesamtausgaben)				
4.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
4.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)				
4.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben				
4.5 Beantragte / bewilligte öffentl. Förderung (ohne Nr. 4.6) durch...				
4.6 Beantragte Zuwendung)				
4.7 Eigenanteil				

5. Beantragte Förderung				
Zwendungsbereich	Zuschuss (€)	Darlehen (€)	Schuldendiensthilfe (€)	von Hundert von Nr. 4.4
				%
Summe:				%

6. Begründung

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen) (Bezug zur Förderangebotsnummer...)

6.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.)

8. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

8.2 die Gesamtfinanzierung bei Gewährung der beantragten Landesförderung gesichert ist,

8.3 er zum Vorsteuerabzug

berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),

nicht berechtigt ist.

8.4 die in diesem Antrag (einschließlich Antragsanlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

8.4.1. Nur wenn die Förderung nicht durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts beantragt wird:

Im Falle einer Förderung stimme ich der Weitergabe und Veröffentlichung meiner Förderdaten (Bezeichnung des Förderprojektes, Vorname und Name der/des Geförderten, Förderhöhe) durch die Bewilligungsbehörde oder das zuständige Ministerium zu.¹

Nur bei Antragsstellung durch Kommunen

8.5 Ergebnis der Antragsprüfung durch die baufachliche Stelle
(Nr. 6.6 VVG zu § 44 LHO)

Die baufachliche Prüfung gem. VVG zu § 44 LHO beinhaltet, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen genügt und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht.

Die baufachliche Prüfung

¹ Die Zustimmung ist keine Fördervoraussetzung

<input type="checkbox"/> ist erfolgt
<input type="checkbox"/> ist nicht erfolgt
<input type="checkbox"/> wird noch bestätigt
<input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich (Nr. 6.2.1 VVG zu § 44 LHO)

9. Anlagen	
•	
•	
•	
•	
•	
.....
Ort/Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift

	(Name, Funktion)